

und Anlagenbauunternehmen, und der chinesische Partner ist spezialisiert auf die Herstellung von Auswucht- und Materialprüfmaschinen.

Unter den bisherigen rund 40 deutsch-chinesischen Joint Ventures wird das neue Kooperationsunternehmen zu den fünf größten zählen. Mit einer Laufzeit von 50 Jahren weist das neue Joint Venture die längste Vertragsdauer auf. Festgelegt ist außerdem eine 50%ige Beteiligung am Grundkapital in Höhe von 8,6 Mio.DM; in den zwei Werken des Unternehmens sind derzeit 750 Arbeitskräfte beschäftigt.

Die Wahl von Shanghai als Unternehmenssitz begründet die Schenck AG mit Standortvorteilen, zu denen der See- und Flughafen sowie ein relativ gutes Telekommunikationsnetz und die bekannte Tongji-Universität zählen. (FAZ, 24.7.91) -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

\* (37)  
Wirtschaftsergebnisse 1. Halbjahr 1991

Nach Berichten des staatlichen Statistikamtes sind im 1. Halbjahr 1991 folgende Wirtschaftsergebnisse erzielt worden:

Das *Bruttosozialprodukt* stieg in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres um 6,1% gegenüber der Vorjahresperiode und betrug 820,7 Mrd. Yuan. Das bisher erreichte Wachstumstempo geht damit deutlich über die im 1. Halbjahr 1990 realisierte Wachstumsrate von 2,1% sowie über die für 1991 geplante Wachstumsrate von 4,5% hinaus. (XNA, 23.7.91; AWSJ, 23.7.91)

Die Wachstumsrate des *industriellen Bruttoproduktionswertes* von 13,4% im ersten Halbjahr lag ebenfalls deutlich über dem für das ganze Jahr geplanten Ansatz von 6%. Der Outputzuwachs der Leichtindustrie überstieg mit 15,3% die Wachstumsrate der Schwerindustrie von 11,7%; die staatlichen Industriebetriebe konnten eine Wachs-

tumsrate des industriellen Outputs von 8,9% und die kollektiven Industriebetriebe von 19,4% realisieren.

Nicht im gleichen Ausmaß wie die industrielle Produktion erhöhte sich der Output von Rohstoffen. So machte die Zuwachsrate der Produktion von Roheisen und Stahl lediglich 6%, von NEMetallen 8%, von Chemikalien 9,1% und von Baumaterialien 12% aus. (XNA, 4.7.91)

Der Output der meisten langlebigen Konsumgüter wie Fahrräder (+20,5%), Farb-TV (+23,3%), Kühlschränke (+14,5%) stieg relativ schnell; hohe Wachstumsraten entfallen auch auf Kfz (37%) und Werkzeugmaschinen (20,9%) aber auch Zement (+19,2%).

Nach chinesischer Einschätzung spiegelt die Entwicklung der industriellen Produktion seit Anfang des Jahres einen stabilen Wachstumstrend wider: Während in den ersten zwei Monaten die Wachstumsrate 16,4% ausmachte, betrug sie im März 10,1%, im April 12%, im Mai 13,3% und im Juni 13,8%.

Das Wachstumstempo der industriellen Produktion weist wie in den vergangenen Jahren deutliche regionale Unterschiede auf. So erholte sich die Industrie in den Provinzen Jiangsu (+18,7%), Zhejiang (+23,9%) und Guangdong (+27,1%) deutlich schneller als die Industrie in den Provinzen Liaoning, Jilin, Heilongjiang, Shanxi und Tianjin (Stadt), die immerhin noch Wachstumsraten zwischen 4-8% aufweisen konnten. Während in den erstgenannten Provinzen die Leichtindustrie und exportorientierte Industriezweige dominieren, handelt es sich bei den letzteren um Provinzen mit einem hohen Produktionsanteil an Energie und Rohstoffen. (XNA, 4.7.u.10.7.91)

Der schnelle Anstieg des industriellen Bruttoproduktionswertes wird insbesondere auf die Steigerung der staatlichen Investitionen und der Kredite zurückgeführt. Dabei erhielten auch die Industriebetriebe Kredite, deren Produkte nicht abgesetzt werden konnten und die weiter auf Lager produzieren mußten. Dementsprechend stieg der Wert der Lagerbestände in den Unternehmen weiter an und erreichte Ende

April 130 Mrd. Yuan in den staatlichen Industrieunternehmen. (XNA, 1.7., 2.7. u. 4.7.91)

In den ersten fünf Monaten d.J. stiegen die *Bankkredite* um 17,1% gegenüber der Vorjahresperiode. Im gleichen Zeitraum erreichten die Kapitalinvestitionen in den staatlichen Betrieben einen Zuwachs von 18,6% gegenüber der Vergleichsperiode (nach XNA, 2.7.91, beliefen sich Kapitalinvestitionen in staatlichen Unternehmen auf 57,7 Mrd. Yuan); die Gesamtinvestitionen für das 1. Halbjahr werden mit 174 Mrd. Yuan bzw. einer Erhöhung um 14% angegeben. (XNA, 1.7. u. 23.7.91)

Trotz des Anstiegs der Nachfrage, der Erhöhung der staatlich subventionierten Preise und der teilweisen Freigabe von staatlich fixierten Preisen wird die *Inflationsrate* im ersten Halbjahr 1991, gemessen im Einzelhandelspreisindex, mit 1,8% angegeben. Im Verlauf des ersten Halbjahres wurden die staatlich subventionierten Konsumentenpreise für Getreide und Speiseöl sowie die Preise staatlicher Dienstleistungen, z.B. im Post- und Transportbereich, deutlich angehoben. Auch die Preise einiger industrieller Inputgüter wurden erhöht, und zwar für Stahlprodukte, Roheisen, Erdöl (Rohöl und raffiniertes Öl), Kohle und Eisenbahn-Frachtkosten. (XNA, 23.7. u. 26.7.91)

Die geringe Preissteigerungsrate, gemessen im Einzelhandelspreisindex, wird auf den Rückgang der Preise für Fleisch, Eier, Gemüse und der langlebigen Konsumgüter sowie auf die Preisreduzierung von Lagerbeständen in staatlichen Handelsunternehmen zurückgeführt. Dagegen stieg der Lebenshaltungskostenindex in den 35 größten Städten des Landes in den letzten Monaten mit 6,9% gegenüber dem Vorjahr und 10,9% im Monat Juni deutlich an. (XNA, 23.7.91)

Für das erste Halbjahr wird eine Erhöhung der *Löhne* pro Kopf der städtischen Arbeitnehmer um 11,6% und der Nettoeinkommen der Bauern um 10,7% (328 Yuan) pro Kopf ausgewiesen. (XNA, 23.7.91)

Obwohl der Anstieg der staatlichen Einnahmen im 1. Halbjahr größer war als der Ausgabenanstieg, sieht Finanzminister Wang Bingqian darin

keine deutliche Verbesserung der Situation des Staatshaushalts. Zwischen Januar bis Juni erhöhten sich die Einnahmen des Staates um rund 6% (131,73 Mrd. Yuan) und die Ausgaben um 4,6% (128,74). Bis Mitte des Jahres konnte der geplante Umfang der Staatseinnahmen zu 40,2% erfüllt werden. Nach Wang Bingquan ist die angespannte finanzielle Situation des Staatshaushalts vor allem auf den Ertragsrückgang in den staatlichen Unternehmen zurückzuführen. So soll der realisierte Gewinn in den staatlichen Unternehmen im 1. Halbjahr um 17,5% zurückgegangen sein, und die Zahlungsrückstände aus Steuern und Gewinnen an den Staatshaushalt erreichten 21,09 Mrd. Yuan, das sind 8,76 Mrd. Yuan mehr als am Anfang des Jahres. (XNA, 26.7.91) -schü-

\*(38)

#### Schäden der Flutkatastrophe

Die von offizieller chinesischer Seite als schwerste Flutkatastrophe seit 1954 bezeichneten Überschwemmungen scheinen - zumindest im Einzugsbereich der Flüsse Yangtse, Huai und Hai - im Abklingen zu sein. So sank der Wasserstand dieser Flüsse und ihrer Nebenarme sowie der großen Seen Tai und Hongze deutlich wieder ab. (XNA, 26.7.u.29.7.91)

Obwohl das genaue Ausmaß der wirtschaftlichen Schäden auch bis Ende Juli noch nicht feststand, gibt es erste Berechnungen und Einschätzungen über die Auswirkungen der Flutkatastrophe.

Zu den am schwersten betroffenen Gebieten zählen die Provinzen Anhui und Jiangsu, gefolgt von Henan, Hubei, Sichuan, Zhejiang, Guizhou und Hunan. Für die Provinz Anhui rief Lu Rongjing, Parteisekretär der Provinz, aufgrund der schweren Zerstörungen am 19.7.1991 zur Verstärkung der internationalen humanitären Hilfe auf. Nach Angaben von Lu wurden in der Provinz über 80% bzw. 4,3 Mio. ha des Ackerlandes überschwemmt, und es wird mit einem Rückgang der Sommergetreideernte um 71,8% auf 4,35 Mrd. kg und einem Rückgang der Sommerernte für Ölpflanzen um mehr als 260 Mio. kg gerechnet. Nach Darstellung von Lu sollen in Anhui bis Mitte Juli rund 44 Mio. Menschen von der Überschwemmung betroffen gewesen sein; weitere 8,3 Mio. Menschen in

41.700 Dörfern waren vom Wasser eingeschlossen und 3,26 Mio. Menschen warteten noch auf ihre Evakuierung. Die Gesamthöhe der direkten wirtschaftlichen Verluste soll 27,5 Mrd. Yuan (ca. 5,12 Mrd. US\$) überschreiten; der Anteil der landwirtschaftlichen Verluste wird mit 14,6 Mrd. Yuan angegeben. Die zur finanziellen Unterstützung der Provinz eingegangene nationale und internationale Hilfe soll inzwischen 18,99 Mio. Yuan betragen. (XNA, 27.7.91; 25.7.91)

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Flutkatastrophe werden nach Angaben des Sprechers des Staatlichen Statistikamtes, Zhang Zhongji, relativ begrenzt sein. Zwar seien bis Ende Juli insgesamt 16 Mio. ha Ackerland überschwemmt und 2,6 Mio. ha des überfluteten Ackerlandes vollkommen weggewaschen sowie rund 4 Mrd. kg des ungeschützten Lagergetreides zerstört worden, doch habe die Sommerernte zufriedenstellende Ergebnisse gebracht. Der Output an Sommergetreide soll insgesamt 98,2 Mrd. kg (-1,9% gegenüber 1990) betragen haben und der Rapssamenoutput sogar um 350.000 t höher als im Vorjahr liegen. Mit niedrigeren gesamten Ernteerträgen muß nach Zhang jedoch deshalb gerechnet werden, weil durch die Überschwemmungen die Herbstaussaat verzögert würde und damit die Gefahr bestünde, daß die Pflanzen in der Reifeperiode kälteren Temperaturen oder Frost ausgesetzt sein könnten. Allerdings erwartet Zhang nicht, daß sich der Ernteausfall auf die Preise auswirken wird, da ein stabiles Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage landwirtschaftlicher Produkte bestehe.

Durch die Überschwemmungen ist nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes jedoch - zumindest kurzfristig - die industrielle Produktion betroffen. So wird damit gerechnet, daß in den Monaten Juli und August der industrielle Bruttoproduktionswert sinken wird. Insgesamt sei allerdings der für 1991 mit 6% geplante Bruttoproduktionswert der Industrie zu erreichen. (XNA, 23.7.91)

Die Höhe der direkten wirtschaftlichen Verluste durch die Flutkatastrophe bezifferte der Minister für Wasserbau, Yang Zhenhuai, auf über 40 Mrd. Yuan. (SWB, 25.7.91) Auch das Ministerium für Zivilverwaltung schätzte Mitte Juli die wirtschaftlichen Schäden

auf 39,8 Mrd. Yuan. (SWB, 19.7.91) In beiden Schätzungen wird jedoch die Zusammensetzung der Verluste nicht angegeben. -schü-

\*(39)

#### Erhöhung der Getreideanbauflächen gefordert

Um die ausreichende Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten zu sichern, hat das Landwirtschaftsministerium die entsprechenden Abteilungen und Lokalregierungen dazu aufgerufen, durch erhöhte Produktionsanstrengungen die bisherigen Ernteausfälle auszugleichen. Um dies Ziel zu erreichen, soll beispielsweise die Kontrolle über die landwirtschaftliche Produktion verstärkt werden, damit in den Gebieten, die von Überschwemmungen betroffen waren, sowie in den übrigen Gebieten die Anbaufläche für die Herbstaussaat vergrößert und der Flächenertrag erhöht werden könne.

Das Landwirtschaftsministerium geht davon aus, daß in den folgenden Monaten die landwirtschaftliche Produktion weiter gefährdet sein wird. Die lokalen Verwaltungseinheiten sollten organisatorisch darauf vorbereitet sein, daß insbesondere für die Herbstpflanzung in Nordost-China und die Reis-pflanzung in Südchina aufgrund der verzögerten Aussaat Produktionseinbußen auftreten könnten.

Nach dem Aufruf des Landwirtschaftsministeriums soll die Getreideanbaufläche für die Herbstpflanzung von Winterreis, Kartoffeln, Sojabohnen und Mais so weit wie möglich vergrößert und in den südchinesischen Anbaugebieten, die einen Zweifach-Ernteindex aufweisen, der Anbau von Winterreis erhöht werden. Die lokalen Regierungsverwaltungen wurden auch dazu aufgefordert, die Zuteilung landwirtschaftlicher Inputs wie Dünger, Pestizide, Dieselöl und vor allem Saatgut, das teilweise von den Überschwemmungen zerstört wurde und für das eine hohe Nachfrage besteht, zu verbessern. (SWB, 20.7.91)

Die bisherigen Ernteausfälle bei Getreide betreffen 10% des Sommergetreides bzw. 2,3% des gesamten Getreideoutputs des Jahres 1990. Die Getreideproduktion der am stärksten betroffenen Provinzen Anhui, Jiangsu und Hubei, deren Anbauflächen zu

rund 60% überschwemmt wurden, trägt normalerweise zu einem Fünftel zur gesamten Getreideproduktion bei. Ausländische Experten gehen davon aus, daß trotz verzögerter Aussaat der zeitliche Rahmen für die Herbstternte, die 80% der gesamten Getreideernte ausmacht, eingehalten werden kann. Der dringende Aufruf der Regierung an die Bauern, die Anbauflächen für Getreide auszuweiten, sei auch vor dem Hintergrund des sinkenden Interesses der Bauern am Getreideanbau zu sehen. (ASWJ, 17.7.91) Das geringe Interesse am Getreideanbau ist wiederum auf die niedrigen Getreidepreise zurückzuführen. Trotz erhöhter Getreideproduktion mußten viele Bauern im letzten Jahr Einkommensverluste hinnehmen. Bereits vor den Überschwemmungen hatte die Regierung vor diesem Hintergrund einen Rundbrief an die landwirtschaftlichen Abteilungen gesandt, die Getreideanbauflächen zu erhöhen. -schü-

\*(40)

#### Weitere illegale Übernahme von ländlichen Industriebetrieben

Die chinesische Tageszeitung für die ländlichen Gebiete, die *Nongmin Ribao*, veröffentlichte am 26.6.1991 ein Interview mit dem Direktor einer Abteilung für Gemeindeunternehmen über die Frage des Eigentums an ländlichen Betrieben. Das Interview folgte einer Reihe von Berichten der Zeitung über die Hintergründe des wirtschaftlichen Niedergangs des Qingshan Bergwerks in der Provinz Guizhou; diese Berichte hatten einen "starken Widerhall" in "verschiedenen Kreisen" ausgelöst. Nach Darstellung des Direktors seien die im Qingshan Bergwerk aufgetretenen Erscheinungen wie unbezahlter Transfer von Ressourcen, willkürlicher Transfer des Managements sowie Übernahme des Gemeindeunternehmens nicht auf die Stadt Liupanshui in Guizhou beschränkt, sondern landesweit verbreitet. Insbesondere in den Provinzen Shaanxi, Guangdong, Guizhou, Sichuan, Jiangsu, Henan, Hubei, Hunan und Shanxi würden diese Probleme auftauchen.

Diese Entwicklung geht auch aus einigen vorläufigen Statistiken von acht lokalen Regierungsverwaltungen in der Provinz Shaanxi hervor. Hier wurden während des 7. Fünfjahresplanes

(1986-90) insgesamt 52 Unternehmen im Eigentum der Gemeinde sowie kollektive Gemeindeunternehmen, die die Hauptstützen der wirtschaftlichen Entwicklung in den Gemeinden waren, von übergeordneten Verwaltungseinheiten übernommen und mußten ihr Management und ihre Ausstattung transferieren. In der Provinz Henan eigneten sich übergeordnete Verwaltungsebenen sogar mehr als 100 dieser prosperierenden ländlichen Unternehmen an. Allein im letzten Jahr hat eine kreisfreie Stadt in der Provinz Henan 13 ländliche Unternehmen übernommen, die einen Outputwert von mehr als 100 Mio. Yuan produzierten, und die Unternehmen dem städtischen Verwaltungshaushalt einverleibt. Die Folge davon war, daß die ländlichen Kollektive und die Bauern auf ein jährliches Einkommen von insgesamt 10 Mio. Yuan verzichten mußten.

Aus der Sicht des interviewten Direktors verstößt die Übernahme von ländlichen Unternehmen gegen die vom Staatsrat veröffentlichten Bestimmungen über ländliche Unternehmen, beinträchtigt das Interesse der Bauern und wirke sich negativ auf ihre Motivation aus. Beeinflusst sei die Praxis der illegalen Übernahme ländlicher Unternehmen durch "linke" Ideen über einen "größeren Umfang und höheren Grad des Gemeineigentums". Weiterhin würden sich die lokalen Regierungsverwaltungen prosperierende ländliche Unternehmen auch zur Lösung ihrer finanziellen Schwierigkeiten aneignen. (SWB, 22.7.91)

Bereits im Oktober letzten Jahres berichtete die chinesische Presse von derartigen illegalen Übernahmen im Zuge der sogenannten "Bewegung zur Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes und zur Ausrichtung der wirtschaftlichen Ordnung", die insbesondere in den Provinzen Liaoning und Shandong erfolgt waren. (C.a., Oktober 1990, S.780) -schü-

\*(41)

#### Ausweitung des Fischfangs stößt an Grenzen

Im Verlauf des letzten Fünfjahresplanes (1986-90) hat die chinesische Fischfangindustrie einen jährlichen durchschnittlichen Zuwachs von 10% und einen Output von 10 Mio.t jährlich

realisieren können. Im letzten Jahr erreichte der Output 12,37 Mio.t. Der Anteil der Meeresfänge betrug rund die Hälfte des gesamten Fischfangs und stieg ebenfalls deutlich an. Dieses Ergebnis ist auf die Verbesserung der Fischfangtechniken und Vergrößerung der Fangflotten zurückzuführen. (XNA, 24.7.91; 14.12.90)

Vor dem Hintergrund zunehmender Überfischung der Küstengebiete begann die Regierung 1987 damit, Fischfangquoten einzuführen sowie die Anzahl und die Größe der Schiffe für den Fischfang zu begrenzen. Trotzdem erreichte die Fischfangindustrie den für den Fünfjahresplan vorgesehenen Output bereits drei Jahre früher, m.a.W. die Überfischung stieg weiter rasant an. (XNA, 12.1.91)

Nach offiziellen Angaben führte der überhöhte Fischfang der letzten Jahre insbesondere zu einer Überfischung von Schalentieren im Bo-Meer und dazu, daß im Ostchinesischen Meer lediglich eine einzige Fischart in größeren Mengen überlebt hat. Für diese Fischart wurde inzwischen eine weitere Verschärfung der Fangbedingungen festgelegt. Die Überwachung der Fangvorschriften wird jedoch durch die Länge der chinesischen Küste erschwert sowie durch die beschränkte Ausstattung der Kontrollstationen. (XNA, 17.7.91)

Für die Periode des 8. Fünfjahresplanes ist eine weitere Steigerung des gesamten jährlichen Fischfangs vorgesehen, die notwendig sei, um das Outputziel von 18 Mio.t Fisch im Jahre 2000 zu erreichen. (XNA, 27.12.90) Auch die Hochseefischerei soll weiter ausgebaut werden. Hierfür sind 700 Mio. Yuan und 100 Mio.US\$ an Investitionen für die Ausweitung der Fischfangflotte von derzeit 127 auf 250 Einheiten bis zum Jahre 1996 und auf 360 Einheiten bis zum Ende des Jahrhunderts vorgesehen. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Überfischung der eigenen Küstengebiete soll die Hochseefischereiflotte stärker in den Meeresgebieten vor Westafrika, Nord- und Südamerika und dem südwestlichen Pazifik eingesetzt werden. (XNA, 27.12.90; NfA, 4.1.91)

Durch die Erhöhung des Fischoutputs hat China 1989 den dritten Platz unter den Fischfangnationen hinter Japan und der Sowjetunion eingenommen.

Die Gesamthöhe des internationalen Fischfangs belief sich nach Angaben der Welternährungsorganisation (FAO) im Jahre 1989 auf rund 100 Mio.t. (NfA, 5.9.90) -schü-

\*(42)

#### Experimente zum Abbau von "Verschuldungsketten"

Die aus Zahlungsrückständen für Investbauinvestitionen und Umlaufkapital bestehenden Schulden der Unternehmen konnten im letzten Jahr zu einem Anteil von 60% bzw. rund 60 Mrd. Yuan zurückgeführt werden. (SWB, 9.7.91) Allerdings stiegen die Schulden der Unternehmen in diesem Jahr noch schneller wieder an.

Angeführt wird die Schuldenliste durch die Provinz Liaoning, in der "Verschuldungsketten" der Unternehmen von 25,3 Mrd. Yuan bestehen, gefolgt von der Provinz Hubei mit 13,4 Mrd. Yuan. Das Shanghaier Eisen- und Stahlunternehmen Baoshan hat Außenstände von 2 Mrd. Yuan, dem Eisen- und Stahlunternehmen Capital Iron and Steel Company werden 1,7 Mrd. Yuan geschuldet, und es ist mit 700 Mio. Yuan im Zahlungsverzug, und das Eisen- und Stahlunternehmen Anshan hat die höchsten Schulden mit 2 Mrd. Yuan und Außenstände von 2,3 Mrd. Yuan. (SWB, 24.7.91)

Vor dem Hintergrund eines erneuten schnellen Anstiegs der Unternehmensverschuldung wurde die Provinz Liaoning vom Staatsrat als Experimentiergebiet für die Lösung des Problems der Verschuldung und der "Verschuldungsketten" ausgewählt. (SWB, 9.7.91)

Die Gründe für die Entstehung der "Verschuldungsketten" werden in einem Kommentar der *RMRB* vom 23.7.1991 wie folgt dargestellt:

"Verschuldungsketten" sind im wesentlichen Investitionslücken für Projekte des Investbaus und der technologischen Transformation sowie Finanzierungsdefizite in solchen Projekten, die aufgrund mangelnder Bereitstellung von Investitionen und unzureichender Mittelbeschaffung der verantwortlichen Einheiten [Unternehmen, Verwaltungen] entstehen. Die Schulden entwickeln sich nach folgendem Ablaufschema: Die Verantwortlichen für

das Investbauprojekt sind nicht in der Lage, die Schulden beim Unternehmen zu bezahlen, das die Ausrüstung geliefert hat; - dieses Unternehmen wiederum kann seine Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Eisen- und Stahlwerk oder anderen Rohstoffe produzierenden Unternehmen nicht erfüllen; - die Folge ist, daß das Eisen- und Stahlwerk nicht die rückständigen Zahlungen an die Kohlengrube oder an andere Unternehmen leisten kann.

Die *RMRB* weist auf Untersuchungen in Nordost-China hin, die zeigen, daß sich der Anteil der überfälligen Zahlungen aus Investbauprojekten an den gesamten Schulden auf 25% beläuft. Zwar sei dies Problem teilweise auf die Bedingungen zurückzuführen, die zur Überhitzung der Wirtschaft in den vorangegangenen Jahren geführt hätten, doch könne bei den in der letzten Zeit neu begonnenen Projekten eine ähnliche Tendenz festgestellt werden. So seien in manchen Gebieten ohne ausreichende Mittelbereitstellung neue Investbauprojekte begonnen worden, für die wiederum neue "Verschuldungsketten" entstanden seien. (SWB, 30.7.91)

Das in der Provinz Liaoning zur Lösung der Verschuldungsprobleme begonnene Experiment umfaßt folgende Maßnahmen:

1. Die Durchführung von Investbauprojekten und Projekten zur technologischen Transformation soll an die Bereitstellung von ausreichenden Investitionsmitteln gebunden werden. Fehlen diese Mittel, muß das Projekt verboten werden. Bestehende Projekte sind zu überprüfen, wobei solche Projekte, durch die nicht vermarktbar Produkte erzeugt werden, zu beenden sind.
2. Finanzabteilungen müssen für die Aufbringung der notwendigen Mittel sorgen. Außerdem soll die gesamte Provinz zur Sparsamkeit angehalten werden; die Verwaltungsausgaben und Konferenzgebühren aller Einheiten sind um 10% zu reduzieren. Der Ersatz oder die Zuteilung neuer Pkw ist genau zu kontrollieren, um die Ausgaben zu senken und die Entstehung neuer Schulden zu vermeiden.
3. Folgende Aufgaben sind gut zu meistern: Anpassung der Produktionsstruktur, Reduzierung der La-

gerbestände, Förderung der Verkäufe, genaue Implementation der staatlichen Industrie- und Produktionspolitik und Berücksichtigung des Marktes bei der Aufstellung von Produktionsplänen. Unternehmen, die nicht absetzbare Güter produzieren, sollen zur Sanierung geschlossen werden.

4. Zur Kontrolle der Verluste sind verschiedene Maßnahmen durchzuführen. Alle Unternehmen, die ein schlechtes Management aufweisen und denen ein Übergang aus der Verlustzone in die Gewinnzone nicht möglich ist, sind zur Sanierung zu schließen. Die Großunternehmen, die Verluste machen, sollen unterstützt und für sie ein Verantwortlichkeitssystem eingeführt werden, das ihnen den Übergang zur Gewinnzone ermöglicht. Bestehen für Unternehmen Chancen für einen Übergang in die Gewinnzone, sollen diese entsprechend unterstützt werden.
5. Das Umlaufkapital der Unternehmen ist durch Erhöhung des Eigenkapitals zu ergänzen. Alle Unternehmen haben dazu die staatliche Bestimmung zu beachten, daß 10-15% des zurückbehaltenen Gewinns nach Steuerabzug in das Umlaufvermögen zu fließen hat.

Zur Durchsetzung der aufgeführten fünf Maßnahmen sollen die Abteilungen für Industrie und Handel und die Banken die entsprechenden wirtschaftlichen und rechtlichen Bestimmungen realisieren. (SWB, 9.7.91)

Der Unterstützung der Kampagne zur Bekämpfung der Unternehmensschulden und der "Verschuldungsketten" dient auch ein Rundschreiben des Staatsrates, durch das die Finanzinstitutionen zur Einhaltung der von der Zentralbank aufgestellten Bestimmungen zur Schuldenbegleichung aufgerufen werden. So wird in diesem Rundschreiben u.a. kritisiert, daß bestimmte Finanzinstitutionen die Schuldenrückzahlung nicht ausreichend überwacht und absichtlich lokale Unternehmen darin unterstützt hätten, die Rückzahlung der Schulden zu verweigern und keine Überziehungsgebühren zu bezahlen. (SWB, 30.7.91)

Es bleibt abzuwarten, inwieweit es bei einer verbalen Kampagne bleibt, um das Problem der "Verschuldungsket-

ten" zu lösen. Gerade in der Provinz Liaoning mit ihrer hohen Anzahl überalterter Industrieanlagen wäre eine Anpassung der Produktionsstruktur dringend notwendig. Ob jedoch auch das letzte Mittel zur Durchsetzung des Staatsratsbeschlusses praktiziert werden wird, nämlich die Schließung unrentabler Unternehmen zur Sanierung, erscheint noch wenig wahrscheinlich. -schü-

---

## Taiwan

---

### \* (43) Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Zentralafrikanischer Republik

Zwischen der Republik China in Taiwan und der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) wurden am 8. Juli wieder volle diplomatische Beziehungen aufgenommen. Schon 1962 hatten beide Seiten erstmals offizielle Beziehungen aufgenommen, doch vier Jahre später, 1966, als der afrikanische Staat die VR China anerkannte, seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan wieder abgebrochen. 1968 wurden wieder die diplomatischen Beziehungen zu Beijing abgebrochen und zum zweitenmal Beziehungen zu Taiwan aufgenommen. 1976 wiederholte sich das Hin und Her: die VR China wurde abermals anerkannt und die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen. Nach der erneuten Aufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Bangui und Taipei hat Beijing von sich aus erneut die diplomatischen Beziehungen zu der Zentralafrikanischen Republik abgebrochen.

1989 hatte die Regierung Taipei einen neuen Kurs der sogenannten "pragmatischen" (wushi) oder "flexiblen" (tanxing) Diplomatie eingeschlagen, d.h. keine Beharrung auf die Alleinvertretung für Gesamtchina. Seitdem ist es ihr gelungen, diplomatische Beziehungen zu sieben Staaten auf- bzw. wieder aufzunehmen: zu Grenada, Liberia, Belize, Lesotho, Guinea-Bissau, Nicaragua und zur Zentralafrikanischen Republik.

Daß Taiwan mit der neuen Außenpolitik die kleinen oder armen Länder für sich gewinnt, ist nicht nur auf "flexible"

Diplomatie, sondern auch auf Geld-diplomatie zurückzuführen. Zur Unterzeichnung des Gemeinsamen Kommuniqués bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen kam der Außenminister der ZAR, Laurent Gomina-Pampali, nach Taiwan. Er sagte, daß seine Regierung sich für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Taipei entschieden habe, weil die Zusammenarbeit mit Taiwan der Wirtschaft seines Landes nütze. Konkrete Projekte bei Finanzhilfe oder Zusammenarbeit wurden von beiden Seiten jedoch nicht bekanntgegeben. (LHB, 9. und 20.7.91; ZYRB und CP, 10.7.91; FCJ, 12.7.91)

Einschließlich der Zentralafrikanischen Republik unterhalten zur Zeit 29 Länder diplomatische Beziehungen mit der Republik China in Taiwan, davon 16 in Lateinamerika, 7 in Afrika, 4 im südpazifischen Raum, jeweils eins in Asien und Europa. -ni-

### \* (44) Taiwanische Wirtschaftsvertreter in Shanghai

Einem Bericht der *China Daily* vom 21.7.1991 zufolge ist für September d.J. ein Treffen zwischen 500 führenden Wirtschaftsvertretern aus Industrie und Handel mit dem China Council for the Promotion of International Trade (CCPIT) und Vertretern verschiedener Provinzen in Shanghai vorgesehen.

Beim geplanten Treffen, das das bedeutendste in diesem Jahr werden soll, werden insbesondere die Provinzen Jiangsu, Hubei, Hunan und Sichuan sowie die Großstädte Beijing, Shanghai und Tianjin ihre lokalen Projekte zur wirtschaftlichen Kooperation in den Bereichen Handel und Investitionen vorstellen und diskutieren.

Nach Angaben des Vorsitzenden des CCPIT, Zheng Hongye, plant die VR China, direkte Wirtschaftsbeziehungen mit Taiwan aufzunehmen. Taiwan zählt inzwischen zum sechstgrößten Handelspartner der VR China nach Hongkong, Japan, der EG und der UdSSR. Der indirekte Handel mit Taiwan stieg auch im 1. Halbjahr 1991 deutlich an. So konnte die VR China die Exporte nach Taiwan um 80,7% gegenüber der Vorjahresperiode auf einen Handelswert von 240 Mio. US\$ erhöhen, die Importe aus Taiwan stie-

gen um 100,9% auf 1,45 Mrd. US\$. Das gesamte bilaterale Handelsvolumen wird nach Einschätzung von Zheng Hongye rund 5 Mrd. US\$ erreichen; 1990 betrug das Handelsvolumen 4,04 Mrd. US\$. Aus Taiwan importiert die VR China insbesondere synthetische Fasern, Plastikmaterial sowie elektronische und elektrische Haushaltsgeräte und Chemikalien. Volksrepublikanische Exporte nach Taiwan umfassen medizinische Heilpflanzen, tiefgekühlte Lebensmittel, Kohle und nicht-metallische Mineralien.

Taiwanischen Statistiken zufolge haben in den ersten vier Monaten d.J. bereits 2.500 Unternehmen aus Taiwan bei lokalen Behörden in China Investitionsprojekte mit einem Wert von 660 Mio. US\$ angemeldet. Der überwiegende Teil der taiwanesischen Investitionen fließt bisher in die Provinzen Fujian und Guangdong sowie Hainan. -schü-

### \* (45) Wirtschaftserholung verstärkt sich

Die wirtschaftliche Erholung Taiwans, die schon im Mai deutlich erkennbar war, hat im Juni weiter an Kraft gewonnen. Der Rat für wirtschaftliche Planung und Entwicklung (RWPE) des Exekutiv Yuan (Kabinetts) erklärte zuversichtlich, daß die Konjunktur nun wieder in eine Phase mit "gesundem Wachstum und beschleunigter Erholung" getreten sei. Die allgemeine Lage sei sehr gut, heißt es. Daraufhin wurde die offizielle Prognose der Wirtschaftszuwachsrates gemäß BSP für das laufende Jahr von ursprünglich 6,03% auf 7% angehoben und die Inflationsrate von ursprünglich 5% auf 3,8% herabgesetzt.

Der RWPE stützt sich bei seinem Optimismus vor allem auf die verbesserten Steuereinnahmen. Im Juni betragen die Einnahmen aus Warensteuer 5,5 Mrd. NT\$ (z.Z. 27 NT\$ = 1 US\$), 76,9% höher als im Vorjahresmonat. Zwar lagen die Einnahmen aus Aktienumsatzsteuer im gleichen Monat mit 9,6 Mrd. NT\$ um 45% niedriger als vor einem Jahr, doch da dies ein Resultat der abflauenden glückspielartigen Börsenspekulationen ist, sind die Einbußen hier eher als ein positives Anzeichen einer gesunden Entwicklung zu sehen. Im abgelaufenen Finanzjahr (Juli 1990 - Juni 1991) hat die